



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

26 - 28.9.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 76 54-59
Fernschreiber 039 890

Die politische Stellung der Gewerkschaften	S. 1
Koalitionsregierung in Schweden	S. 3
Zur Generalwirtschaft im VdS	S. 4
Nachrichten aus der Sowjetzone	S. 6

Gewerkschaften und Parteien

Aus einem Vortrag von Max Ehrhardt,
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
der DAG.

Der demokratische Staat, wie wir ihn bejahen, hat die Existenz politischer Parteien zur Voraussetzung. Nach der uns gegebenen Satzung sind wir parteipolitisch neutral. Das heißt zunächst, daß wir die Mitgliedschaft in unserer Gewerkschaft nicht von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Partei abhängig machen. Weiterhin soll dieser Grundsatz besagen, daß die Organisation gegenüber allen Parteien selbständig und unabhängig ist.

Es kommt darin die Meinung zum Ausdruck, daß die Einheitsgewerkschaft als Organisation sich nicht - wie das den Richtungsgewerkschaften zuträglich war - einer bestimmten Partei gegenüber verpflichtet fühlt und in keiner bestimmten politischen Partei ihre uneingeschränkte parlamentarische Vertretung sieht. Es liegt darin die Bereitschaft, zu allen Parteien ein freundschaftliches Verhältnis einzugehen, die nach ihrem Programm, nach ihrer praktischen Politik und nach ihrem Verhalten den Gewerkschaften gegenüber eine solche sachliche Haltung rechtfertigen. Aber keine Partei kann erwarten, daß die Gewerkschaften schweigen, wenn ihre Politik den gewerkschaftlichen

Zielen und Forderungen erheblich widerspricht. Daß den Einheitsgewerkschaften Menschen der verschiedensten politischen Parteien angehören, ist kein Geheimnis und kein vernünftiger Mensch, der die politische Demokratie und damit die politischen Parteien bejaht, kann Anstoß daran nehmen. Ebenso wenig kann man erwarten, daß politisch organisierte Gewerkschaftler vor jeder Gewerkschaftssitzung ihre parteipolitischen Überzeugungen in der Garderobe abgeben und völlig parteipolitisch neutralisiert zu den Problemen der Wirtschafts- und Sozialpolitik Stellung nehmen. Viele, die das verlangen, handeln meistens am wenigsten danach. Entscheidend ist in dieser Beziehung nur, daß alle, ohne Unterschied ihrer politischen Überzeugungen, mit Sachlichkeit und Achtung vor dem Andersdenkenden an der Lösung gestellter Aufgaben mitarbeiten.

Unabhängigkeit und parteipolitische Neutralität bedeutet aber keineswegs p o l i t i s c h e Neutralität bzw. Willenlosigkeit in politischen Dingen. Schon Max Weber hat festgestellt: "Das Wirtschaftsleben wird politisiert und die Politik ökonomisiert". Der politisch interessierte Gewerkschaftler ist sich klar darüber, daß - um nur einen Tatbestand anzudeuten - die Höhe des Sozialproduktes und das Maß seines Anteils von politischen Entscheidungen mitbestimmt wird. Politik bedeutet Einfluß auf das öffentliche Leben und auf die staatlichen Aufgaben. Auf diesen Einfluß können die Gewerkschaften angesichts der großen Bedeutung der Staatspolitik für die gesamten ökonomischen und sozialen Verhältnisse der breiten Masse der Arbeitnehmerschaft nicht verzichten.

Daraus ergibt sich aber auch, daß für die Haltung der Gewerkschaften zu Staat und Parteien nicht nur die demokratische Form des Regierens wesentlich ist. Es kommt ebenso sehr darauf an, welcher soziale Kern den politischen Konzeptionen der Regierung und der Parteien zugrunde liegt. Wenn man anerkennt, daß der soziale Kern das Kriterium der Staatspolitik sein soll, dann muß man auch bereit sein, die sich daraus ergebenden politischen Konsequenzen zu ziehen, einmal als Staatsbürger, aber auch - was nicht immer gewürdigt wird - als soziale Organisation.

Koalition in Schweden

KRK - Stockholm, Ende Sept.

Die sozialdemokratische schwedische Regierung - seit 1945 im Amt - hat beschlossen, ihre parlamentarische Basis durch Hereinnahme von Vertretern der Bauernpartei zu erweitern.

Diese parlamentarische Basis der sozialdemokratischen Regierung war sehr schmal. In der zweiten Kammer hatten die Sozialdemokraten nicht einmal die Hälfte der Mandate inne. Ihre Mehrheit war noch sicher in der ersten Kammer und gerade noch zureichend bei gemeinsamen Abstimmungen der beiden Kammern. Zur Bewältigung der wirtschaftlichen Probleme braucht die Regierung eine Mehrheit, die eine Planlegung auf längere Sicht gestattet. Eine Koalition mit der Bauernpartei verspricht, eine solche Mehrheit zahlenmäßig zu sichern. Angesichts der in letzter Zeit eindringlich geäußerten Sehnsucht der Bauernführer nach Ministersitzen würde wohl auch ein gemeinsames Wirtschaftsprogramm erarbeitet werden können. Bis jetzt waren die Bauern allerdings eigentlich Nutznießer der inflationistischen Tendenzen.

Ministerpräsident Erlander hat vor einigen Wochen auf dem Kongreß der Gewerkschaften geäußert, daß die sogenannte Nachkriegszeit, die der Ausdruck für Labilität vor allem in ökonomischer Beziehung ist, als abgeschlossen zu betrachten sei. Diese Äußerung hat man allgemein als die Ankündigung eines wohlfundierten und parlamentarisch gesicherten Wirtschaftsprogramms angesehen.

Bei der Bekämpfung der Wirtschaftskrise 1932 - 1934 hat sich die Koalition Sozialdemokraten - Bauernpartei als außerordentlich erfolgreich erwiesen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß eine solche Zusammenarbeit sich auch diesmal wieder zum Wohle des Landes auswirkt. Außenpolitisch haben beide Parteien die gleiche Neutralitätspolitik, ökonomisch ergänzen sie einander.

+ + +

Die Falschen im Vordergrund

-e. Auch nach der Gründung des Verbandes deutscher Soldaten sind die früheren Wehrmachtsangehörigen noch ohne die ihnen gebührende Repräsentanz geblieben. Selbst die fünf Prozent der ehemaligen Soldaten, die den im VdS zusammengefaßten Bünden angehören, werden in ihrer Mehrheit kaum billigen, was die kommandierende Ex-Generalität bis jetzt unternommen hat - von der Haltung der nicht-organisierten Millionenzahl früherer Soldaten soll hier gar nicht gesprochen werden. Die Generale, die sich bis jetzt in den Vordergrund schoben, haben zunächst nur ihre zähe Anhänglichkeit an die Vergangenheit bewiesen, deren Geist oder Ungeist sie offenbar in unsere an Pathos und Gelegenheit für Selbstrechtfertigungen so arme Zeit hinüberretten möchten.

Ein Teil der als Sprecher fungierenden Generale will nichts anderes. Eine andere Gruppe kann eben nur das, so spürbar auch ihr guter Wille für das richtige Verhältnis zu dieser Zeit ist. Es ist einfach deprimierend, wenn ein Mann, wie Generaloberst a.D. Friessner, dessen persönliche Lauterkeit außer Zweifel steht, sich kürzlich in einer Verteidigung des Angriffs auf Polen gefiel oder sich eine zwiespältige und laue Stellungnahme zum 20. Juli 1944 abrang. Gerade bei Männern wie Friessner ist eine solche Haltung viel weniger das Ergebnis einer nationalistischen oder gar nationalsozialistischen Grundhaltung, als vielmehr das Fazit eines Lebens, in dem nur eine Tradition eine Rolle spielte, die weder die Trümmer von 1945 verhindern konnte, noch in einer durch diese Trümmer gekennzeichneten Welt einen Platz hat. Das ist es doch, was zu dem fatalen Eindruck führt, daß die Generale in den Soldatenbünden Organisationen sehen, deren Gewicht zur Rehabilitierung der roten Streifen eingesetzt werden könnte.

Der Verband deutscher Soldaten soll die Interessen der ehemaligen Soldaten gegenüber unserem Staat vertreten. Das heißt nicht, daß aufgrund einer gemeinsamen Vergangenheit ein überwundener Geist und eine zerschlagene Form des Soldatentums erneuert werden sollen oder dürfen. Es bedeutet aber, daß die Erfahrungen dieser Vergangenheit Impulse für die Mitgestaltung der Gegenwart enthalten

müssen, mit dem Ziel, unsere Zukunft zu sichern. Die Landser von einst suchen keine zivilen Kommandeure zur Reorganisation eines Soldatenstandes, sondern Männer, die nur die Interessen der Menschen zu vertreten wünschen, die einmal Soldaten waren, heute aber vor allem anderen Staatsbürger sind und sein wollen. Ein General in Zivil, dem es wohl tut, wenn der Oberst in Zivil ihn in der dritten Person anredet, wird das freilich nicht begräfen.

Ist es aber nicht an der Zeit, daß die in den Soldatenbünden vereinigte Minderheit der früheren Soldaten sich allmählich die Sprecher wählt, die ihre natürlichen Interessenvertreter sein können? Es gibt nicht nur in der Dienststelle Blank oder im früheren Afrika-Korps auch Generale, die einen Verband deutscher Soldaten in die Gegenwart stellen wollen und es gibt auch untere Dienstgrade, die dem gleichen Willen haben. Werden diese Kräfte nicht für die Führungsstellungen bald gewonnen, so wird die Gefahr rapide wachsen, daß der VdS ein antiquierter nationaler Traditionsverband wird, wie es der Stahlhelm bereits zu werden verspricht.

+ + +

Stättlicher staatlicher Stacheldraht

R.G. - Lörrach

Wer in den letzten Jahren einmal in Lörrach war und dort gen die Schweizer Grenze spazierte, wird sich erstaunt gefragt haben: was tut denn da der Stacheldrahtverhau noch? Will die Schweiz die Bundesrepublik überfallen? Denn vorerst sind wir deutsche Demokraten noch nicht genügend remilitarisiert, daß wir etwa mit den schweizer Demokraten Krieg führen könnten! Oder sollen sich die Schwarzhändler drin verfangen?

Achtzehn Kilometer lang und zehn Meter breit zieht sich dieser wehrhafte Stachelwall von Weil am Rhein bis Grenzach hin. Zwanzig Hektar guten Bodens nimmt er den Bauern weg. Und mittlerweile ist dies stättliche Überbleibsel aus dem Krieg auch in die aktenmäßig dokumentierte Geschichte des Friedens eingegangen. Schon 1946 wurde in "Schaffhauser Abkommen" festgelegt, daß der Stacheldrahtzaun

beseitigt werden soll. Aber als man dann an die Arbeit gehen wollte, erhob sich ein edler Wettstreit. Die Gemeinden längs der Grenze sagten: das ist Sache des Landes. Das Land sagte: das ist Sache der Zollverwaltung. Das Bundesfinanzministerium aber, dem der Zoll untersteht, erklärte: wir haben kein Geld dafür und überhaupt hat die Wehrmacht den Zaun errichtet. Die Wehrmacht sagte gar nichts, denn sie ist längst bankrott und ihr Firmeninhaber - na ja, das wissen wir.

So sind fünf Jahre vergangen, und der Stacheldraht verschönt immer noch die Landschaft am Oberrhein, und nur die Akten sind dicker geworden. Aber nun soll es ernst werden mit dem Abreißen. Denn jetzt ist Stacheldraht im Zeichen des Schrotthungers wieder eine begehrte Ware geworden, und so hat sich eine Karlsruher Firma bereit erklärt, den Zaun zu beseitigen. Sehr billig, sozusagen umsonst. Nur den Stacheldraht soll man ihr belassen. Das hochherzige Bundesfinanzministerium, die arme Freiburger Regierung und die glücklichen Gemeinden haben schleunigst Ja zu dem hochherzigen Angebot gesagt.

+ + +

Das Ostbüro der SPD teilt mit:

Eine Neuwahl der Betriebsgewerkschaftsgruppenleitung bei der VEB "Signal" in Chemnitz erbrachte eine Niederlage der kommunistischen Kandidaten. Die Neuwahl war durch die Entlassung der bisherigen BGL-Mitglieder, die Veruntreuungen begangen hatten, notwendig. Zur Neuwahl waren 9 SED- und 5 parteilose Kandidaten aufgestellt worden. Gewählt wurden die 5 Parteilosen und ein SED-Mitglied, das im Rufe steht, nicht das Vertrauen der SED zu besitzen. Die SED erkannte die Wahl nicht an. Die gewählten Mitglieder sollten nur einem ernannten Präsidium beigegeben werden, erklärte die SED-Betriebsgruppe. In der auf die Wahl folgenden Betriebsversammlung kam es zu tumultuösen Szenen, in deren Verlauf die Belegschaft den Versammlungsraum verließ.

X

Bei der VEB-Kjelberg Elektroden in Finsterwalde wurden sechs Arbeiter entlassen, weil sie Mitglieder der Zeugen Jehovas waren. Daraufhin drohte die gesamte Belegschaft mit Streik. Die Drohung hatte Erfolg, die Arbeiter wurden wieder eingestellt. Die SED-Betriebsgruppe wurde wegen dieser nachgiebigen Haltung durch die SED-Kreisleitung gerügt. Sie zog sich vollends den Unwillen der SED-Leitung zu, als die Belegschaft den Kollektivvertrag ablehnte. In der Belegschaftsversammlung, in der über die Annahme des Kollektivvertrages abgestimmt werden sollte, meldete sich ein SED-Mitglied zu Wort und sprach gegen die Annahme des Kollektivvertrages, da dieser Vertrag reaktionäre Züge trage. Als die SED-Betriebsgruppe

dem opponierenden Belegschaftsmitglied RIAS-Hörigkeit vorwarf, verließ die Belegschaft unter tumultuösen Szenen den Versammlungsraum.

x

Im Rahmen des Fünfjahresplans wird das demontierte Aluminiumwerk Lauta wiederaufgebaut. Für den Aufbau des Werkes waren im Wirtschaftsplan 3,3 Mio. M angesetzt worden, die jedoch längst ausgegeben sind. Die Plansumme wird um 1,7 Mio. M überschritten werden müssen. Eine Nachbewilligung ist noch nicht erfolgt. Die Kostenüberschreitung wird mit der Tatsache begründet, daß ein Teil der notwendigen Maschinen nur im Westen bezogen werden kann, die Preise im Westen aber im Steigen seien. Außerdem seien Umbauten und Änderungen an den Maschinenfundamenten notwendig gewesen, da als Ersatz für die nicht zu beschaffenden vorgesehene, andere Maschinen hätten gekauft werden müssen.

x

Die "Sächsische Zeitung", das sächsische Landesorgan der SED, vom 25. August 1951 mußte in der gesamten Auflage eingestampft werden. Die Zeitung hatte in einem Hetzartikel über angebliche "Verfolgungen kommunistischer Jugendlicher durch die Lehr-Söldner" ein Bild veröffentlicht, auf dem der angeblich Verfolgte allzu deutlich ein NSDAP-Abzeichen trägt. Der verantwortliche Redakteur, der zur Rechenschaft gezogen wurde, wies auf die allgemein übliche Praxis in der SED-Presse hin, die Archive der Nazizeit und Nazizeitungen für die Propaganda auszunutzen. Das Hakenkreuz sei nur aus Versehen übersehen worden.

x

Das ehemalige VVM-Erholungsheim in Döllnsee / Templin wurde in eine SED-Parteischule umgewandelt. Die Schule dient lediglich zur Ausbildung westdeutscher KP-Funktionäre und von Funktionären der Nationalen Front aus Westdeutschland. Die Kurse dauern vier Wochen. An einem derartigen Kursus nehmen durchschnittlich hundert Westdeutsche teil. Die Schulungsteilnehmer werden von der Bevölkerung streng isoliert. Die Verpflegung und die Versorgung der Schule ist sehr gut. Die Kursusteilnehmer sollen nach ihrer Rückkehr in die Bundesrepublik mit Sonderaufträgen betraut werden.

x

Die Steuerämter der Sowjetzone haben bereits die ersten "Erfolge" im Einsatz von Steuerbrigaden zu verzeichnen. Der Steueraktivist Skowronek aus Luckau im Land Brandenburg hat in kürzester Frist Steuerstrafen in Höhe von 75000 M verhängt. Dafür erhielt er Prämien in Höhe von 700 M.

x

Vor einigen Wochen erfolgte die Verhaftung des ehemaligen Ministers für Land- und Forstwirtschaft in Sachsen-Anhalt, Ernst Brand. Brand war vor einigen Monaten als Kulturdirektor bei der Firma EKM Hohenthurm eingesetzt worden. Bereits vor Brand erfolgte die Verhaftung seines damaligen stellvertretenden Ministers Weber. Beide waren Mitglieder der SED. Man wirft ihnen Sabotage der Auswertung des Gesetzes der Bodenreform vor.